

Reisebericht Serbien / Kosovo 2013

Teilnehmende: Inge Höger, Alexander Neu, Carsten Albrecht

Datum: 8. – 12.4.2013

Orte: Belgrad, Kosovska Mitrovica, Leposavic, Pristina, Pec und Kosovo Polje

Belgrad

1. Besuch des Nuklearinstituts „Vinča“ und Gespräch mit dem Direktor, Herrn Dr. Jagoš Raičević

- 1999 wurde im Krieg gegen Jugoslawien DU-Munition völkerrechtswidrig eingesetzt.
- Er war 2002 als Leiter für Strahlenschutz verantwortlich für die Säuberungen der betroffenen Gebiete in Serbien – die Dekontaminierung wurde durchgeführt.
- Grundlage waren die Daten der NATO – diese stimmten aber mit eigenen Ermittlungen nicht überein. Es sei schwierig, betroffenen Standorte bzw. Einschlaglöcher von DU-Munition zu finden, wenn wie häufig geschehen, sie nicht zum Brechen harter Materialeien eingesetzt wurde.
- vier Einsatzorte wurden identifiziert und gesäubert.
- Epidemiologische Studien seien notwendig, um die Folgewirkungen abzuschätzen
- Dafür gebe es aber kein Geld und keine Unterstützung – weder von der serbischen Regierung noch von internationalen Institutionen.
- Es gibt drei Studien der UNEP auch im Internet
 - Serbien – Montenegro
 - Bosnien – Herzegowina
 - Kosovo
- Sein Institut konnte im Kosovo keine Messungen und auch keine Dekontaminierungen vornehmen, aber das Kosovo sei besonders verseucht.
- Folge sei z.B. die Verstrahlung italienischer Soldaten, die im Rahmen von KFOR mit der Säuberung beauftragt waren.
- Es habe aus Geldmangel kein Monitoring stattgefunden, obwohl alle beteiligten Mediziner das gefordert hätten.
- Die Anzahl der Krebserkrankungen in Südserbien sei aber nachweislich angestiegen.
- Die Folgen des Einsatzes von DU-Munition seien aus seiner Sicht viel schädlicher, als häufig behauptet würde.

2. Briefing durch Botschafter Wilhelm im Rahmen eines Mittagessens und Gespräch mit Stiftungsvertretern

3. Gespräch mit Frau Staša Zajović und Frau Gordana Subotić, Koordinatorinnen der NGO „Žene u crnom“ (Frauen in Schwarz)

- Die Belgrader Gruppe „Frauen in Schwarz“ gründete sich nach dem Vorbild der gleichnamigen Organisation in Israel, die seit 1988 Mahnwachen zur Beendigung des Konflikts zwischen Palästinensern und Israel abhält.
- Sie verurteilten die Kriegspolitik der serbischen Regierung und verurteilten auch die NATO-Bombardements.

- Sie bilden eine Anlaufstelle für Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und deren Angehörige, helfen Flüchtlingen und Kriegsopfern.
- „Frauen in Schwarz“ sind eine autonome Frauengruppe und setzen sich für die Umsetzung der UN Resolution 1325 ein, sie haben dazu einen Aktionsplan entwickelt.

4. Gespräch mit Herrn Dr. Radomir Kovačević vom Institut für Arbeitsmedizin und Strahlenschutz, General Slobodan Petković, Leiter der Abteilung für Atom/biologische/chemische-Abwehr 1999, Herr Vladislav Jovanovic, ehemaliger SRJ-Außenminister und 1999 SRJ-Botschafter bei der UN

- **General Petkovic** verweist auf den in seinen Augen völkerrechtswidrigen Charakter der Kriegsführung unter Anwendung von DU-Munition.
- Die meisten Zielobjekte seien keine harten militärischen (gepanzerte Systeme) gewesen seien, sondern entweder zivile Objekte oder aber ungepanzerte militärische Objekte. Als Beispiel wurde uns eine mit DU-Munition zerstörte stationäre Funkanlage gezeigt.

Insbesondere im Zeitraum vom 28. bis 30. Mai 1999 hätten A10-Erdkampfflugzeuge sowie Apache-Helikopter der US-Streitkräfte im Raum Pec/Djakovica und Prizren sowie Bujanovac und Vranje, aber auch Montenegro DU-Munition abgeworfen. Objekte seien gewesen Rundfunksender, Küstenabschnitte und Ortschaften.

DU wirke sich auf Flora und Fauna aus, da bei dem Aufschlag das DU verbrenne und die Substanzen als feinstaubige Aerosole sich breitflächig auf dem Erdreich verbreiteten und mit dem Wind weitergeweht würden. Die Auswirkungen auf Flora und Fauna seien langfristig, da die Halbwertszeit 4,5 Mrd. Jahre betrage. Die DU-Munition weise zudem Spuren von hochgiftigem Plutonium auf. Eine Reihe von K-FOR-Soldaten seien bei Ihrem Einsatz mutmaßlich an der Strahlung erkrankt, so Petkovic.

- Die jug. Armee habe, wo immer bekannt und möglich entsprechenden Einschlagstellen / kontaminierten Flächen isoliert und gesäubert.
- Dabei habe es keine Hilfe oder Unterstützung durch die USA oder Großbritannien gegeben.
- Es seien 15 Tonnen radioaktiver Abfall abgeworfen worden, DU-Munition sie eine „Waffe für die Massenvernichtung“ und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, da insbesondere die Zivilbevölkerung betroffen sei.
- viele Gebiete seien dauerhaft kontaminiert, die Anzahl der Krebserkrankungen sei enorm angestiegen.

Petkovic formuliert folgende Forderungen:

- Einberufung einer UN-geführten Expertengruppe, die die Vorfälle in Jugoslawien untersucht und ihre Berichte öffentlich macht.
- Forderung von Verbot von DU-Munition im UNO Rahmen
- Verantwortungsträger für den Einsatz von DU strafrechtlich verfolgen – auch für die Einsätze in Irak, Afghanistan etc.
- **Dr. Kovacevic** ist Arzt und der erste Strahlenmediziner, der an der Säuberung kontaminierter Gebiete in Serbien beteiligt gewesen sei.

- Er informiert darüber, dass die NATO bislang keine Angaben über Mengen und Art der Munition gegenüber Serbien gemacht habe.
- Auch er verweist auf den Bericht der UNEP - dieser sei realistisch.
- Er verweist auf eigene Untersuchungen, nach denen die Anzahl der Krebserkrankungen und der Sterbefälle durch Krebs zwischen dem Jahr 2001 und 2010 erheblich angestiegen sei. Dies sei nachweisbar durch das Krebsregister.

Desweiteren stellt er ein ital. Buch vor, dass in dem Kontext von durch DU-Munition kontaminierten KFOR-Soldaten von dem „Balkan Syndrom“ spricht. Er erwähnt in diesem Kontext die Auffälligkeit erhöhter Krebserkrankungen und genetischer Veränderungen. Die Gefahr sei schlicht, dass DU-Munition Jahrtausende lang weiter strahle – eben 4,5 Mrd. Jahre, womit ganze Regionen dauerhaft nicht besiedelbar seien.

Auch verweist darauf, dass v.a. DU-Munition im Südwesten Serbiens (Region Kosovo) an der Grenze zu Makedonien und Albanien verschossen worden sei. Insgesamt seien mindesten 15 bis max. 50 Tonnen DU verschossen worden, so die serbische Seite. Die NATO hingegen verweist darauf, sie habe lediglich 10 Tonnen verschossen.

Auch in Bosnien-Herzegowina seien bei 113 beschossener Standorte ca. 10.500 DU-Geschosse verwendet worden.

Kovacevic verweist darauf, dass der Ausbruch maligner Erkrankungen im Durchschnitt 10 bis 15 Jahr nach der Kontaminierung hochschnelle, so dass man nun von entsprechenden Zunahmen von Krebsfällen ausginge.

- **Herr Jovanovic**, ehemaliger Außenminister, erläutert, dass im Krieg gegen Jugoslawien auch zivile Ziele angegriffen wurden.
- Die Folgen z.B., des Einsatzes von DU-Munition seien erst nach Kriegsende sichtbar.
- Er fordert von der internationalen Gemeinschaft
 - Verurteilung von Völkermord auch nach Kriegsende
 - Zivilbevölkerung in Zukunft zu schützen durch Verbot und Ächtung
 - dies wäre wenigstens eine nützliche Folge des Krieges gegen YU
- in Bezug auf den Kosovo gäbe kein Krebsregister
- im Nord-Kosovo gäbe es ein Krankenhauskrebsregister, das eien Zunahme der Krebsfälle zeige, aber nicht repräsentativ sei.
- Die NATO habe den Einsatz von 10 t DU-Munition zugegeben, nach eigenen Untersuchungen seien es 15 Tonnen gewesen. Es wurde auch Plutonium gefunden.
- Deshalb wird vermutet, dass einfach Atomabfälle abgeworfen wurden.

Inge weist darauf hin, das Experten im Unterausschuss Abrüstung des Bundestages behaupten, es könne bislang kein wissenschaftlichen Beweise über ein Kausalverhältnis zw. DU-Geschossen und Erkrankungen. Ital. Ärzte hingegen hätten bei Soldaten tatsächlich DU-Partikel nach Einsätzen im Kosovo gefunden.

5. Abendessen mit Jelena Vićentić und Danijel von der Organisation Podrška. Prava. Pristup – Srbija (PPPS)

- PPPS führt Projekte der Minenräumung, der Entfernung von Streumunition, sowie Lehrgänge für Kinder und Jugendliche durch, um sie über die Gefahren von potentiellen Minenfeldern zu warnen.
- Die Organisation arbeitet in ganz Serbien, vor allem aber im Süden und im Kosovo.
- Sie werden über Spenden finanziert, zu einem großen Teil von der norwegischen Regierung.
- Der persönliche Zeugnis der beiden VertreterInnen war sehr eindrücklich, denn Danijel hat als Kind seine Füße verloren, als er seinem Vater auf dem Feld Wasser bringen wollte (Streubombe vom NATO-Krieg 1999); Jelena Vićentić hat einen Tumor, der vermutlich mit ihrer Arbeit in uranverseuchten Gebieten zusammenhängt (Uran-Einsatz durch die NATO 1999).
- Sie berichten über die Schwierigkeiten der Minenräumung und das teilweise Desinteresse der serbischen Regierungen, sich der Einsatzgebiete von Streumunition anzunehmen.
- Ein weiteres Problem ist die fehlende staatliche Unterstützung von Minen- und Streubomben-Opfern. Viele bekommen gar keine oder unzureichende Prothesen etc.

6. Gespräch mit Aleksandar Vulin, Leiter des Kosovo-Büros der serbischen Regierung

- *Vorbemerkung: Alexandar Vulin trat am 24. April aus Protest gegen das zwischen Serbien und den Kosovo-Albanern unterzeichnete Abkommen in Brüssel zurück.*
- Er beschreibt das Problem der ethnischen Trennung im Kosovo infolge des NATO-Krieges von 1999, insbesondere die Flüchtlingsproblematik.
- Privatisierungen im Kosovo kritisiert er als „monoethnisch“ und bedauert, dass Serben nicht an der Privatisierung beteiligt werden.
- Scharfe Kritik an den Bedingungen der CDU-CSU-Fraktion, unter denen sie eine EU-Mitgliedschaft Serbiens für denkbar hält. „Nicht die CDU lebt im Kosovo, wir leben dort.“
- Erleichterung über das vorläufige Scheitern der Verhandlungen über den Status des Kosovo (unter der Vermittlung von Catherine Ashton).
- Vulin zieht – teilweise zweifelhafte – Vergleiche zwischen der Situation der Serben im Kosovo und anderen Konstellationen:
 - Die deutsche Gemeinschaft in Belgien habe eine eigene Polizei. Warum sollen die Serben im Kosovo keine eigene Polizei haben?
 - Es werde weitgehend akzeptiert, dass die südkoreanische Armee nicht Bewegungsfreiheit in ganz Korea genießt. Also müsse die EU auch akzeptieren, dass die Kosovo-Polizei keine Bewegungsfreiheit in ganz Kosovo genießt (nämlich nicht im serbisch besiedelten Norden)
 - Es gäbe dänische Schulen in Deutschland. Warum sollte es nicht normal sein, dass es serbischen Schulen im Kosovo gibt?

- Vulin betont, dass die Verhandlungen zwischen Kosovo-Albanern und Serben einfachen wären, wenn nicht jedes Mal die Großmächte EU und USA mit verhandeln würden.
- Privat halte er die EU für ein äußerst widersprüchliches Konstrukt, offiziell sei die serbische Regierung ganz klar für den EU-Beitritt ihres Landes. Die beste „EU“, die er kenne, sei das sozialistische Jugoslawien gewesen.
- *Bemerkung: Vulin und die Partei „Bewegung der Sozialisten“ (Pokret socijalista) arbeiten eng zusammen mit Rechten und Rechtsextremen in Serbien, versuchen aber, mit linken Parteien (SYRIZA, DIE LINKE) Kontakt aufzunehmen, um europaweit hoffähig zu werden.*
- **Pokret socijalista ist kein Kooperationspartner für DIE LINKE.**

7. Gespräch mit Frau Stana Božović, StS im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik zum Thema Frauenförderung

- Božović ist Mitbegründerin der konservativen „Fortschrittspartei“ SNS.
- Gegen die hohe Arbeitslosenquote (25%) sieht sie in ausländischen Investoren das geeignete Mittel.
- Der politische Wille zur Frauenförderung sei vorhanden, allerdings fehlte das Geld für die Umsetzung.
- 83 Frauen von 250 Abgeordneten im serbischen Parlament
- Auf den Wahllisten der Parteien muss mindestens jeder 3. Platz an eine Frau gehen.
- Von 40 Staatssekretären sind 9 Frauen, 40% der Minister sind Frauen (5 Personen), wobei Frauen zuständig sind für die Bereiche, die traditionell den Frauen zugeschrieben werden.
- Ein arbeitsloser Mensch erhält in Serbien eine Unterstützung von umgerechnet etwa 200 Euro monatlich

8. Gespräch mit Zoran Vučić, Ass. Minister im Gesundheitsministerium, zuständig für gesundheitliche Folgen der Verwendung von Uranmunition und Dragan Ilić, Direktor des Instituts für öffentliche Gesundheit „Batut“

- Es gab nach dem NATO-Krieg 1999 eine signifikante Steigerung der Krebsrate in Serbien, allerdings ließe die sich nicht auf die Einsatzgebiete abgereicherten Urans eingrenzen. Dazu seien weitere Studien notwendig, für die gäbe es aber keine Finanzierung.
- In der serbischen Bevölkerung bestehe ein Konsens darüber, dass die hohe Krebsrate mit den NATO-Bomben zusammenhänge.
- Es bestehe jedoch kein politischer Konsens unter den EntscheidungsträgerInnen, in der Frage der Uranverseuchung das Verursacher-Prinzip zur Geltung zu bringen (d.h. USA in die Pflicht zu nehmen).

9. Gespräch mit Dušan Milisavljević, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit im serbischen Parlament

- Mitglied im Vorstand der oppositionellen „Demokratischen Partei“ DS, großes Interesse am Uran-Thema, hat sich ausführlich zum Thema vorbereitet
- Ein Problem für den serbischen Staat sei, dass viele Kosovo-Serben nach Zentralserbien oder ins Ausland geflüchtet seien, weshalb deren Gesundheitszustand nicht erfasst werden könne.
- Des weiteren betonte Milisavljević, dass er jeden Tag erwarte, dass die Regierung platzt und es Neuwahlen gebe.
- Die EU und ihre Politik sei alternativlos.
- Er kommentierte auch die Debatte um die Kompetenzen der Vojvodina, die derzeit von der DS regiert wird. Die DS hatte eine Neujustierung der Regionalkompetenzen angemahnt und wurde deshalb von anderen politischen Kräften als landesschädlich kritisiert, weil nun nicht nur das Kosovo wegbreche, sondern vielleicht auch noch die Vojvodina mehr Autonomie wolle. Er stritt das vehement ab und bezeichnete das als Kampagne gegen die DS.

10. Gespräch mit Nenad Vukosavljević, Katarina Milićević und Marijana Stojčić vom Centre for Nonviolent Action (Centar za nenasilnu akciju)

- Es handelt sich um eine Friedensorganisation, die seit 1997 Begegnung und Bildung anbietet für Kriegsveteranen mehrerer Staaten des ehemaligen Jugoslawiens: Serbien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Kroatien.
- Das Centre wird ausschließlich durch ausländischen Spenden finanziert.
- Die Situation in Bosnien und Kosovo sei gleichermaßen schwierig.
- Die Lösung des Kosovo-Konfliktes könne darin bestehen, dass sich alle dort lebenden BürgerInnen den Institutionen in Priština zuordnen. Die Regierung in Belgrad solle den Kosovo-Serben keine falsche Hoffnungen machen.
- Insbesondere unter Kroaten und Albanern sei die Meinung weit verbreitet, der Krieg sei gerecht gewesen. In Vukovar seien kürzlich 20 000 Menschen auf der Straße gewesen, um gegen lateinisch-kyrillische Straßenschilder zu demonstrieren (gegen die Aufwertung der serbischen Schrift, die kyrillisch ist).
- Man müsse immer allen GesprächspartneInnen die Möglichkeit einräumen, ihre Meinung zu ändern.

11. Gespräch mit Branka Latinović, Leiterin der Abteilung für Waffenkontrolle u. militärische Zusammenarbeit im SRB Außenministerium

- Latinović empfahl, die Uranwaffen-Expertin Mirana Radenković von der Behörde für nukleare Sicherheit zu befragen
- Außerdem wies sie auf die Abrüstungsbemühungen Serbien hin, die sich aus dem Dayton-Abkommen von 1995 ergeben.

Zur Vertiefung:

Latinović wirft die grundlegende Frage auf, ob DU eine Waffe mit Folgewirkung sei oder nicht. Sie verweist darauf, dass es im UNO-Rahmen eine Initiative gebe, die deren Ächtung zum Ziel hätten. Im Jahre 2012 habe der UN-Generalsekretär die Mitgliedsstaaten aufgerufen, jeweils einen Bericht einzureichen, der eine Einschätzung des Charakters und der Langzeitgefahren dieses Waffentypus vornehme. Serbien sei der Aufforderung rasch nachgekommen, habe jedoch selbst keine Initiativen auf UN-Ebene eingeleitet.

Latinović beschreibt die Wirkweise von DU-Geschossen und kommt zum Ergebnis, DU sei eine sehr gefährliche Waffe aufgrund ihrer Folgewirkung – dauerhafte Kontamination der betroffenen Gebiete, wenn diese nicht umfassend gesäubert würden. Bislang habe Serbien nicht alle „Sites“ (Einschlagsorte von DU) identifizieren können. Die NATO selbst zeigt sich wenig hilfsbereit hinsichtlich einer kooperativen Informationspolitik.

Frau Latinović verweist jenseits der DU-Problematik auf eine erfolgreiche regionale Abrüstungsdynamik, die mit dem „Dayton-Agreement“ 1995 eingeleitet worden sei. Insgesamt seien bis dato über 10.000 schwere Waffen vernichtet worden.

Anmerkung: Latinović war zur Thematik DU sehr zurückhaltend. Unsere Delegation bekam den Eindruck, dass die serbische Regierung wenig Interesse an der wissenschaftlichen Aufarbeitung und an der tatsächlichen umfassenden Beseitigung der Sites habe, um den Westen nicht zu verärgern und dem EU-Beitrittsbegehren keine Steine in den Weg zu legen. Dieser Eindruck wurde uns durch diverse Gesprächspartnern aus dem NGO-Umfeld auch bestätigt.

12. Gespräch mit Vertretern der serbischen Gewerkschaften

1. Bund der Selbstständigen Gewerkschaften Serbiens (SSSS), Herr Dragan Zarubica, Vizepräsident des SSSS-Rates und Präsident der Selbstständigen Gewerkschaft der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie, der Tabakindustrie und der Wasserwirtschaft

2. Industriegewerkschaft Serbiens (ISS), Herr Negoslav Jovanovic, ISS-Vizepräsident

- Es sei schwer für die Gewerkschaften, da es in Serbien keine linke Partei gebe, auf die sie sich stützen könnten.
- Scharfe Kritik an Privatisierungen – in 3 Stufen: 1991 in Jugoslawien, 1996/97 unter Milosevic und 2001 per Gesetz der neoliberalen Regierung
- 2001 war die schlimmste Privatisierungswelle und alle Gewerkschaften seien dagegen gewesen.
- 2000 Unternehmen wurden privatisiert.
 - 30% dieser Privatisierungen wurden inzwischen für nichtig erklärt.
 - 30% waren darauf für nichtig erklärt zu werden.
 - 40% der privatisierten Unternehmen seien kaum betriebsfähig
- Wenn es keine Reindustrialisierung Serbiens gebe, drohe ein Desaster. Das muss vorm EU-Beitritt passieren.
- Privat sehen sie die EU kritisch, aber offiziell sagen sie, Serbien müsse der EU beitreten.

Zur Vertiefung:

Unsere Gesprächspartner zeichneten zunächst ein Bild des Zustandes der Organisationen. Im Jahre 2000 habe es noch rund eine Mio. Mitglieder gegeben. Derzeit seien es noch gut 500.000 Mitglieder. Der massive Mitgliederschwund erkläre sich einerseits durch den Privatisierungsprozess der zur Entsolidarisierung der ArbeitnehmerInnen führe sowie durch die Fragmentierung der Gewerkschaften in immer kleinere Einzelgewerkschaften. Der damit einhergehende Machtverlust der Gewerkschaften im gesellschaftlichen und ökonomischen Machtkonflikt sei erheblich. Die Arbeitsschutzgesetzgebung sei auf dem Rückzug. Derzeit seien die Standards hinter denen der EU.

Die Gewerkschaften seien Mitglied im sog. Dreierdialog, bestehend aus Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Die serb. Industrie-Gewerkschaften seien in etwa 130 Industrieunternehmen präsent. Sie habe um die 15.000 Mitglieder. Auf der anderen Seite seien in der Industrie ca. 130.000 Menschen beschäftigt – was ausweist, wie gering das gewerkschaftliche Engagement ist.

Der umfassende Privatisierungsprozess wurde moniert: Seit 1991 bis 2000 habe es zunächst drei Privatisierungsschübe gegeben, von denen ca. 1/3 unter rechtlich bedenklichen Umständen geschahen. Die Korruption sei im Kontext der Privatisierung geradezu aufgeblüht. Seit Ende der Milosevic-Ära 2001 wurde die Privatisierung erneut forciert. Es wurden nun verstärkt Unternehmen im Besitz der ArbeiterInnen anvisiert. Hierzu wurde ein Verstaatlichungsgesetz gegen den einheitlichen Willen der Gewerkschaften verabschiedet. Die dann verstaatlichten Unternehmen (Enteignung der ArbeiterInnen) wurden privatisiert. Dieser neoliberale Kurs habe nicht Positives für die serbische Gesellschaft hervorgebracht.

Man beobachte zunehmende Investitionen deutscher Unternehmen in Serbien. Zugleich ist ein erheblicher De-Industrialisierungsprozess der Industrie in serbischem Besitz zu beobachten kombiniert mit einer personellen Verlagerung in den öffentlichen Sektor, d.h. aufgeblähter Staatsapparat. Die Reaktion der Regierung bewege sich bislang lediglich auf der Ebene der Deklaration. Operative Maßnahmen zur Re-Industrialisierung gebe es bislang nicht. Unter diesen Umständen sei ein Beitritt zur EU eher nachteilig für Serbien. Serbien müsse zunächst massiv re-industrialisiert werden, um dem Konkurrenzdruck standhalten zu können.

13. Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

- Das Büro der RLS Belgrad hatte VertreterInnen verschiedener linker Initiativen eingeladen.
- Inge Höger hat die Entstehungsgeschichte und das Programm der Partei DIE LINKE vorgestellt. Darauf ergab sich eine angeregte Diskussion.
- Gewerkschafter, die das Pharma-Unternehmen Jugoremedija bestreiken, baten um Solidarität und luden Inge Höger zum Besuch nach Zrenjanin ein.

Kosovo

14. Gespräch mit Matthias Kiesler, stellvertretender Botschafter Deutschlands im Kosovo, und Milena Tutsch, Referentin für Politik, Protokoll, Kultur, Presse in der Deutschen Botschaft Priština

- Es gäbe keine Alternative zur EU für den westlichen Balkan.
- Die Vorwürfe des Organhandels gegenüber kosovarischen Offiziellen seien nicht stichhaltig belegbar.

15. Besuch des Krankenhauses in Mitrovica und Gespräch mit dem Chefarzt, Dr. Milan Ivanovic

Das Krankenhaus Nord-Mitrovica umfasst 600 Betten und ist das größte Gesundheitszentrum der Region Raska & Kosovo. Zugleich werden in den vier Gemeinden des Nordens jeweils Praxen unterhalten.

Herr Ivanovic klärt darüber auf, dass der gesundheitliche Zustand der Menschen im Norden insgesamt sehr schlecht sei. Die Zahl der Erkrankungen und die Mortalität sei im Vergleich zum Zeitraum vor dem Krieg 1999 beachtlich gestiegen. Dafür macht er zwei Gründe verantwortlich:

- Erhöhter Stressfaktor durch Krieg und Dauerkonflikt mit Albanern sowie die nun anstehende Gefahr des Rückzugs des serbischen Staates aus dem Norden sowie durch die schlechte sozio-ökonomische Situation, was sich auf die Immunität auswirke. Insbesondere seien kardiologische Folgen zu beobachten.
- Auswirkungen der DU-Munition, die in der Region Kosovo und anderen Teilen Südserbiens von der NATO eingesetzt worden sei.

Die Auswirkungen der DU-Munition seien anhand des Anstiegs maligner Erkrankungen zu beobachten. Seit 1999 sei die Zahl der Erkrankungen um 250 Prozent gestiegen - mit weiter steigender Tendenz. Bereits im Jahre 2001 seien Daten, die eine Erhöhung nachwiesen auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit der WHO, des Roten Kreuz etc. publik gemacht worden. Ivanovic schlug der serbischen Regierung vor, eine umfassende Untersuchung zu finanzieren. Diese wurde aber aus finanziellen Engpässen abgelehnt. Im Hinblick auf die Behandlungsmöglichkeiten maligner Erkrankungen im Krankenhaus Mitrovica-Nord, verwies Ivanovic darauf, dass eine onkologische Abteilung, finanziert durch Belgrad, geschaffen werden müsse. Die Kosten betrügen etwa 100.000€. Somit könnten künftig die Therapien in Mitrovica stattfinden. Bislang müßten die PatientInnen häufig nach Zentral-Serbien verlegt werden.

Die Kosovo-Albaner ihrerseits problematisieren das Thema der DU nicht, um die Verbündeten nicht zu brüskieren, so Ivanovic.

16. Besichtigung des Industriekombinats Trepča (Nord) in Zvečan und Gespräch mit Herrn Jovan Dimkic, General Manager

Das Trepča-Werk wurde 1927 gegründet. Zunächst erhielten britische Unternehmen noch im Jugoslawischen Königreich die Abbaurechte. Nach dem 2. Weltkrieg sei Trepča das größte Industrieunternehmen Jugoslawiens gewesen. Ca. 1/3 des jugoslawischen Exports kam aus Trepča. In den 1980er Jahren waren rund 25.000 Menschen in Trepča beschäftigt. Seit 1999

wurde Trepča faktisch ethnisch geteilt. Obschon Trepča eigentlich ein einheitlicher Akteur ist, funktioniert das Unternehmen heute wie zwei Unternehmen.

Im August 2000 übernahm bis 2006 zunächst UNMIK die Leitung von Trepča. Danach wurde ein internationales Management eingesetzt. Dieses wurde offensichtlich dann durch ein serbisches Management im Norden und ein Kosovo-albanischem Management im Süden ersetzt. Zur Zeit arbeiten im Norden ca. 3.300 Männer und Frauen in einem Rotationssystem, so das tatsächlich immer nur 1.200 in der Schicht (mtl. Rotation bei vollem Lohn) sind. Das Rotationssystem half Kündigungen zu vermeiden, so dass seit 2000 keine Kündigungen ausgesprochen werden mussten. Der durchschnittliche Lohn liege bei 450€/Monat. Zudem finanziere Trepča auch kulturelle Projekte. Der Direktor legte Wert darauf, dass Trepča nicht profitorientiert, sondern arbeitsplatzorientiert geleitet werde.

Trepča umfasse allein in Leposavić vier Bergwerke. Bereits 2005 wurde die Produktion in zwei der vier Bergwerke wieder aufgenommen. Zwischen 2000 und 2005 stand die Produktion still. Derzeit erziele man die höchste Produktivität, die vergleichbar sei mit denen aus jugoslawischen Zeiten. In Zvečan würden die Rohstoffe verarbeitet. Allerdings fände keine Bleiverarbeitung statt, da hierzu eine gewaltige Investition (50 Mio. €) zur Modernisierung erforderlich sei. Bislang gebe es noch keine Bereitschaft, durch wen auch immer, diese zu tätigen. Insgesamt würden die Modernisierungsinvestitionen nur von Trepča selbst finanziert werden.

Auf die Frage, wem Trepča gehöre, konnte keine eindeutige Antwort gegeben werden, da die Eigentumsfrage in der Tat wohl recht kompliziert ist. Trepča ist in der Wirtschaftsregistratur Serbiens registriert. Dennoch sei der rechtliche Status bis heute ungeklärt. Zwar habe UNMIK zunächst (ab 2000) auf Berufung der UN-SR 1244 die Leitung übernommen, sie dann aber an die Kosovo Trust Agency (Treuhand zur Privatisierung) abgegeben. Zwar habe UNMIK, so das serbische Management das Recht gehabt, Trepča zu leiten, nicht aber Trepča zur Privatisierung freizugeben. Der Privatisierungsversuch habe zu einem erheblichen Konflikt mit der serbischen Regierung geführt.

Nach der illegalen Unabhängigkeitserklärung durch Kosovo-Albanische Vertreter habe die temporäre Übergangsverwaltung in Priština eine neue Privatisierungsagentur geschaffen, die sie als Rechtsnachfolger der KTA installieren wollte. UNMIK habe diesem Vorhaben aber widersprochen (keine Anerkennung der neuen Agentur), da sie gegen die UN-SR 1244 verstoße. Hinzu komme, dass auch Serbien über eine Privatisierungsagentur verfüge, die sich für Trepča verantwortlich sehe. Auch akzeptiere das serbische Management nur die KTA, da diese auf der Grundlage von UNSR 1244 gegründet sei und entsprechend agiere. Aufgrund des Kompetenzkonflikts zwischen der KTA und der von den Übergangsbehörden geschaffenen neuen Agentur sei es in den letzten drei Jahren zum Exportstillstand gekommen.

Auch wenn Trepča die Kompetenz der neuen Agentur nicht anerkenne, versuche sie auf praktischem Wege mit ihr zu kooperieren, was jedoch an der albanischen Weigerung bislang erfolglos bliebe.

Dies äußere sich auch darin, dass die im Norden geborgenen Rohstoffe nicht direkt nach Zentralserbien verladen würden, sondern man sie in den Süden zur Verzollung schicke, um sie dann zu exportieren. Leider blockiere Priština dieses Verfahren, da die Albaner alleinigen Anspruch auf Trepča erhöhen.

Es gibt allerdings inzwischen Gespräche zwischen den jeweiligen Betriebsleitungen, um zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen.

Trepča verfügt über eine eigene Gewerkschaft, die jedoch Mitglied der „Selbstständigen Gewerkschaft Serbiens“ sei.

17. Besichtigung des Industriekombinats Trepča (Süd) in Mitrovica und Gespräch mit dem General Manager und einem Vertreter der Privatisierungs-Agentur des Kosovo

- Während in Trepča-Nord vorwiegend Serben arbeiten, gibt es in Trepča-Süd hauptsächlich Albaner.
- Die Süd-Vertreter sprechen von einer guten Zusammenarbeit zwischen Serbien und Albanern; es gäbe sogar Bewerbungen von Serben auf Stellen in Trepča-Süd.
- Außerdem habe der kosovarische Staat Trepča-Nord immer subventionieren wollen. Das habe Nord aber stets abgelehnt, weil man keine Kontroll-Vereinbarung mit den Institutionen des Kosovo eingehen will.
- Den serbischen Arbeitern von Trepča-Nord sei es von den serbischen „Parallelstrukturen“ untersagt worden, an einer geplanten gemeinsamen Fortbildung in Japan teilzunehmen. Von sich aus wären diese Arbeiter aber dazu bereit gewesen.
- Der Manager betonte, es gebe derzeit keine Bank, die Trepča wegen seiner Produktion Kredite verweigern würde. Das Problem sei nur der rechtliche Status. (Wem gehört Trepča?)
- Entgegen anderslautender Gerüchte wurde Trepča bislang nicht privatisiert. Auf die Frage, was man im Kosovo denn aus den Erfahrungen der ostdeutschen Treuhand lernen könne, unterstrich Inge Höger, dass Privatisierung der falsche Weg sei. Die Unternehmensleitung entgegnete, dass das die Belegschaft genauso sehe.

18. Gespräch mit Krstimir Pantić, stv. Leiter, „Büro für Kosovo und Metochien“

Pantić verweist auf die seit 2011 gestiegenen Spannungen zw. den Serben und den Kosovo-Albanern angesichts deren Versuche, den Status quo im Norden zu verändern. Besonders hervorzuheben habe sich seinerzeit der deutsche KFOR-Commander, General Bühler. Dieser habe angefangen, sich politisch zu betätigen, in dem er der Auffassung gewesen sei, nicht UN-SR 1244 sei für ihn und für die Serben bindend, sondern die „Verfassung des Kosovo“. Angesichts dieses Verständnisses habe er sich verpflichtet gesehen, die albanischen Gesetze der Behörden in Priština im Norden umzusetzen. Diese Versuche haben bekannter Weise in 2011 und 2012 zu Zusammenstößen zw. KFOR und SerbInnen im Norden geführt. Bühlers Nachfolger, General Drews, hingegen habe sich wesentlich neutraler verhalten, was zu einer Entspannung zw. KFOR und den SerbInnen geführt habe. Die SerbInnen betrachteten KFOR nicht als Feinde, sondern legten Wert auf den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses, was eben auch eine Statusneutralität seitens KFOR erforderlich mache.

Die serbische Führung im Norden befürworte einen friedlichen Widerstand gegen die Versuche der albanischen Übergangsbehörden in Priština, den Norden unter Kontrolle zu nehmen. Sämtliche derartige Versuche würden friedlichen Widerstand hervorrufen. Gewaltmaßnahmen würden seitens der serbischen Führung abgelehnt und verfolgt. Eine gewaltsame Lösung, von welcher Seite auch immer, akzeptiere man nicht. Demgegenüber äußere sich Thaci seit geraumer Zeit immer wieder in martialischer Rhetorik, den Norden

auch gewaltsam zu erobern. Die Serben wirkten auf KFOR ein, albanische Gewaltmaßnahmen zu unterbinden. Auch erwarteten sie endlich eine Gleichbehandlung in Fragen des Selbstbestimmungsrechts. Letztlich müsse eine Kompromisslösung zwischen den Serben und Serbien auf der einen und den Albanern auf der anderen Seite gefunden werden, bei dem beide Seiten gleichermaßen Einbußen akzeptieren müssten. Eine solche Kompromisslösung solle nicht zeitlich herbei gezwungen werden.

Die Verhandlungen zw. Serbien und den Kosovo-Albanern in Brüssel (die Verhandlungen, die zunächst zum Scheitern führten), sei kein echter Dialog gewesen. Beiden Seiten hätten keine Dialogfreiheit genossen. Am Ende des Tages hätte die EU-Außenbeauftragte, die offiziell nur moderierte, lediglich Dekrete vorgelegt, die Serbien unterschreiben sollte. Dies habe schließlich zum Scheitern der Verhandlung geführt.

Die Serben des Kosovo seien zwar gegen eine Teilung der Provinz und forderten eine Lösung auf der Grundlage der UN-SR 1244 und der UNO-Charta, d.h. umfassende Autonomie für die Kosovo-Albaner, und nicht die Unabhängigkeit. Sollten Gespräche und Verhandlungen aber nicht mehr auf der Grundlage des Völkerrechts machbar sein, so sei die Teilung des Kosovo entlang des Ibar-Flusses alternativlos. Jedenfalls würden die Serben im Kosovo die für sie inakzeptable Konzessionen an die Albaner und die EU nicht implementieren.

19. Besuche in 2 Lagern für Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter

a) Besichtigung des RAE-Lagers in Leposavić und Gespräch mit RAE-Familien
Gesprächspartner: Scott Charlesworth (Country Director, Mercy Corps), Ardian Ajeti (Community Development Officer, Mercy Corps), Arsim Nimanaj, Deputy Programme Director, Mercy Corps), Skender Gushani (Camp leader), Begleitung durch Rainer Welkener (BAMF-Vertreter an der Botschaft)

b) Besichtigung des RAE-Lagers in Kosovo Polje
Gespräch mit Balkan Sunflowers Kosova, Fushe Kosove/Kosovo Polje

- Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter (RAE) leben in notdürftigen Lagern. Ihre Arbeitslosigkeit beträgt 99%, sie leiden unter massiver Diskriminierung durch alle anderen Bevölkerungsgruppen. Völlige Perspektivlosigkeit.
- Viele von denen, die aus Deutschland abgeschoben werden, treffen in den Lagern ein, weil ihre ursprünglichen Häuser nun unbewohnbar sind. Oft wohnen jetzt andere Menschen darin oder es ist schlicht zu gefährlich, zurückzukehren (Rassismus durch die kosovo-albanische Mehrheitsbevölkerung).
- Im Lager Leposavić leben RAE-Familien in einer alten Lagerhalle, in die einige (oft fensterlose) Zimmer mit Trennwänden eingezogen wurden, in denen bis zu 8köpfige Familien leben.
- Auf dem Gelände gibt es eine kleine Schule (bestehend aus einem Klassenzimmer), die mangels Finanzen seit drei Monaten geschlossen ist.
- Der Lagerleiter teilte mit, dass demnächst eine Abschiebung aus Deutschland nach Leposavić bevorstehe. Der Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hatte darüber keine Kenntnis.
- Im Lager Kosovo Polje wurde deutlich, dass es auch unter Roma, Ashkali und Balkan-Ägyptern ein soziales Gefälle gibt. Die meisten leben in wellblechartigen

Behausungen, einige aber besitzen Lebensmittel-Kioske und können sich ein festes Haus leisten.

- Die NGO „Balkan Sunflowers“ kümmert sich um Bildungsangebote und bemüht sich um Kontakt zu den anliegenden Behörden, was nicht immer einfach ist. Sie werden zum großen Teil über ausländische Spenden finanziert.
- Wenn Roma, Ashkali oder Balkan-Ägypter im Kosovo ankommen (z.B. nach einer Abschiebung), bekommen sie für ein Jahr lang ein kleines Grundeinkommen und dann bekommen sie gar nichts mehr.

20. Gespräch mit Ilir Morina, Leiter der staatlichen Umweltschutzbehörde im Kosovo – im Rahmen eines informellen Abendessens, das Gesagte ist leider nicht zitier-fähig

- Die Behörde verfasst jedes Jahr einen Umweltschutzbericht fürs Parlament. Dieses aber scheint den Bericht zu ignorieren.
- Kosovo hat mit allerlei Umweltverschmutzung zu kämpfen: Feinstaub, Blei, Die Probleme mit abgereichertem Uran gehen in diesem Zusammenhang ein wenig unter.
- Morina erzählt, dass die KFOR der Kosovo-Regierung davon angeraten hat, das Thema Uranverseuchungen weiter anzugehen.
- Auch er bestätigt, dass die Krebsrate im Kosovo nach 1999 angestiegen ist. Allerdings gebe es hierzu keine echten Studien.
- Unter Kosovo-Albanern herrsche der Duktus „Wenn die Internationalen hier bleiben, heißt das, dass es mit dem Uran hier nicht so schlimm sein kann. Denn Sonst würden sie ja allein Aus Selbstschutz etwas dagegen unternehmen.“ (*Anmerkung: Allerdings haben wir in einem anderen informellen Gespräch erfahren, dass die KFOR ihr Wasser importiert, sich also durchaus vor dem lokalen Wasser schützt.*)
- Am Tag nach unseres Treffens sollte die Kosovo-Telekom privatisiert werden. Auf die Frage, warum der Staat denn diese Einnahmequelle weggeben wolle, entgegnete er, dass „wir nicht selbst entscheiden. Wir haben Freunde, die haben uns geholfen...“

21. Besichtigung des Patriarchenklosters in Pec/Peja und Gespräch mit Schwester Irina

- Schwester Irina betont, dass Besuche von albanischen Familien, vor allem von Kindern, in der Klosteranlage vorm Krieg 1999 üblich war.
- Auch jetzt kommen hin und wieder AnwohnerInnen zu Besuch, allerdings seltener; eine Anmeldung ist erforderlich und das Kloster wird von der KFOR bewacht.